

# Stolper Post

Tageszeitung  
für Stadt und Land

Ämtliches  
Publikations-Organ



Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3gespaltene Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 156

Stolp, Donnerstag, den 7. Juli 1927

51. Jahrgang

## Der Locarnogeist bei den andern.

### Poincaré unverföhlich.

Berlin, 6. Juli. Obwohl seit der großen Stresemann-Rede im Reichstag mehrere Wochen vergangen sind, fehlt bisher jede Nachricht, aus der man etwa schließen könnte, daß der französische Ministerpräsident Poincaré sich irgendwie bemüht hätte, dem Appell zur Rückkehr zur Locarnopolitik, den Dr. Stresemann an ihn gerichtet hat, auch zu entsprechen. Im Gegenteil liegen eine Reihe von Anzeichen vor, aus denen hervorgeht, daß Herr Poincaré noch immer einen sehr unheilvollen Einfluß auf die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen ausübt. So will man in eingeweihten Wirtschaftskreisen darüber unterrichtet sein, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen in erster Linie durch Poincaré das negative Ergebnis gezeitigt haben, das den augenblicklich herrschenden vertragslosen Zustand herbeiführte. Poincaré soll deshalb sogar mit dem französischen Handelsminister Bokanowski in ernste Meinungsverschiedenheiten gekommen sein.

Auch in der Frage der Ostbesetzungen scheint Poincaré noch immer zu intrigieren. In hiesigen politischen Kreisen hat es ebenfalls außerordentlich überrascht, daß in der französischen Presse der Meinung Ausdruck gegeben wurde, die Besichtigung der zerstörten Unterstände in der deutschen Ostbesetzungszone würde sich über mindestens drei Wochen erstrecken. Es verkündet, daß zum mindestens der französische Militärattache die Weisung habe, über das Ergebnis der Besichtigungsreise einen ausführlichen Bericht anzufertigen, der der Vorkonferenz unterbreitet werden soll. Wenn man schließlich berücksichtigt, welche unzulässigen Verdächtigungen sich im Augenblick die französische Presse hinsichtlich der Frage der Schleifung der deutschen Ostbesetzungsanlagen wieder leistet, so wird man sich nicht wundern, wenn demnächst auch in dieser Frage Ueberraschungen eintreten.

Die Frage der Befähigungsverminderung am Rhein scheint trotz aller deutschen Versuche zurzeit keine Fortschritte zu machen, offenbar weil ein von französischen Generalstab angeforderter Bericht über Möglichkeiten und Umfang einer Befähigungsverminderung dem französischen Kabinett noch immer nicht vorgelegt worden ist. Diese Verzögerung bringt man mit der Absicht der französischen Generalität in Zusammenhang, eine Entscheidung über diese Frage möglichst bis zum Spätherbst zu verschieben. Der französische Generalstab ist offenbar der Auffassung, daß die Befähigungsverminderung um so geringer ausfallen müsse, je weiter eine Entscheidung hierüber dem bevorstehenden Wahlkampf in Frankreich angenähert wird.

### Chamberlain weicht aus.

Unterhausinterpellation über die Räumungsfristen.

London, 6. Juni. Im Unterhause fragte Harris, ob Chamberlain jetzt in der Lage wäre, ein Datum für die Beendigung der Besetzung deutschen Gebietes durch die interalliierten Truppen anzugeben, und ob diese Angelegenheit in Genf erörtert worden sei oder erörtert werde. Chamberlain erklärte: Die Frage der Festsetzung eines Termins für die Beendigung der Besetzung des Rheinlandes durch die alliierten Truppen wurde in Genf nicht erörtert. Die Bestimmungen, nach denen das Rheinland geräumt werden soll, sind in den Artikeln 428 bis 431 des Vertrages von Versailles niedergelegt.

Harris fragte weiter, ob Chamberlain nicht glaube, daß ein neunjähriger Zeitraum nach dem Waffenstillstand ausreichte, um diese militärische Besetzung, die Europa daran hindert, zu fühlen, daß die Friedensatmosphäre sich Bahn gemacht hat, zu beenden, und ob Chamberlain nicht glaube, daß diese Frage erörtert werden müßte. Chamberlain erwiderte: Nein, ich glaube nicht, daß irgendeinem nützlichen Zweck gedient werde, wenn sie gegenwärtig in Genf erörtert würde. Sie würde von niemand sonst aufgeworfen und ich nehme an, daß andere derselben Meinung waren.

### Umfang der Arbeitslosenversicherung.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 6. Juli. Bei der heute fortgesetzten zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs über die Arbeitslosenversicherung begrüßte Abg. Diehl (D. Vp.) einen auch von Angestelltenvertretern aus den Fraktionen der Deutschnationalen, des Zentrums und der Demokraten unterzeichneten Antrag, der die Zulassung von Angestellten für die Arbeitslosenversicherung verlangte. Als solche sollten unter gewissen Voraussetzungen die Stellenlosgangenen-Versicherungseinrichtungen der Angestelltenverbände gelten.

Damit war die Besprechung der ersten beiden Abschnitte abgeschlossen. Es folgte der dritte Abschnitt des Gesetzes, der den Umfang der Arbeitslosenversicherung behandelt.

Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) beantragte Schutzbestimmungen für den Fall willkürlicher Entlassung und die Einbeziehung der in der jetzigen Vorlage von der Versicherung ausgeschlossenen Arbeitnehmer in der Binnen- und Küstenschifffahrt.

Abg. Frhr. von Stauffenberg (Deutschn.) betonte, in der Landwirtschaft bestiehe Mangel an Arbeitskräften, sodaß ein Bedürfnis nach Arbeitslosenversicherung nicht vorhanden sei. Die Versicherungsbefreiung sollte sich auch auf die rein landwirtschaftlichen Gärtnereien erstrecken.

Scheinrat Dr. Weiger vom Reichsarbeitsministerium erklärte, die Begriffsbestimmung der Gärtnereien sei ziemlich schwierig. Die Erwerbslosensicherung rechne den selbständigen Gemüsebau zur Landwirtschaft, aber nicht diejenigen Gärtnereien, in denen Blumenzucht, Pflanzenveredelung ufm. getrieben wird. Eine weitere Abgrenzung werde sich aus der Spruchpraxis der Arbeitsämter ergeben.

Abg. Obendiefel (Komm.) verlangte die Einbeziehung aller Land- und Forstarbeiter und der Kleinbauern und Kleinfischer in die Versicherung.

Beim nächsten Abschnitt, der die Versicherungsleistungen betrifft, bezeichnete Abg. Grotewohl (Soz.) die Gewährung von Reichszuschüssen als notwendig. Die Sozialdemokraten beantragten, daß bei Ausperrungen die Unterstützung gezahlt wird und daß der Par. 57 folgende Fassung erhält: „Arbeitnehmer, die an einem Streik unmittelbar beteiligt sind, erhalten während des Streiks keine Unterstützung.“

Abg. Frau Arendsee (Komm.) lehnte die Einführung von Lohnklassen ab und beantragte einen einheitlichen Unterstützungssatz, der auch bei Streiks und Ausperrungen gezahlt werden soll.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Schneider-Berlin (Dem.) und Adre (Ztr.) wurde die Aussprache unterbrochen durch die

#### Abstimmungen

über die bisher erörterten Abschnitte.

Die ersten beiden Abschnitte des Gesetzes wurden in der Ausschlußfassung unter Ablehnung der Änderungsanträge angenommen.

Abgelehnt wurde auch der Antrag auf Zulassung der Erbschaften.

Dagegen wurde ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der die bisherigen zehn Lohnklassen um eine vermehrt. Danach beginnt die erste Klasse mit einem Wochenlohn bis 10 Mark, statt bisher 12 Mark. Entsprechend ändern sich die Sätze des Einheitslohnes auch in den übrigen Klassen. Die Hauptunterstützung beträgt in Klasse 1: 75 Prozent, 2: 65 Prozent, 3: 55 Prozent, 4: 47 Prozent, 5-6: 40 Prozent, 7: 37,5 Prozent und in den Klassen 8-11: 35 Prozent.

In der Ausschlußfassung wurde im übrigen der Abschnitt 3 bis zum Paragr. 90 angenommen.

Die Vorlage wird schließlich in zweiter Beratung angenommen, ebenso auch die vom Ausschuß beschlossene Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung auf 3600 Mark.

Es folgt die

#### zweite Beratung des Kriegsgerätegesetzes.

Abg. Dauch (D. Vp.) berichtet über die Ausschlußverhandlungen. Der Redner stellt fest, daß nach der Regelung der Reparationsfrage durch die Annahme des Dawesplanes nach Abschluß der Locarnoverträge und unförmem Eintritt in den Völkerbund nun nach Annahme des Kriegsgerätegesetzes auch die Frage der Abrüstung definitiv erledigt sei und damit sämtliche Bedingungen des Versailler Vertrages erfüllt wären. Es beständen also keinerlei Vorwände mehr für die Besetzung deutschen Gebietes.

Die führenden Mitglieder des Völkerbundes haben uns zum Eintritt in den Völkerbund aufgefordert. Mit den uns auferlegten Bedingungen haben sie das Schema und den Umfang ihrer eigenen Abrüstungen normiert und festgelegt. Würden sie das leugnen, so würde der Grundgedanke des Völkerbundes verletzt sein, nämlich die Gleichberechtigung aller ihm angehörenden Mitglieder. Der Redner verwies noch auf die schweren Schädigungen der deutschen Exportindustrie durch die einschränkenden Bestimmungen des Gesetzes.

Der Redner gibt dann für die Regierungsparteien die Erklärung ab, daß diese trotz aller Bedenken und berechtigten Einwände für das Gesetz stimmen werden.

Abg. Schneller (Komm.) erklärt, wenn es gegen Rußland gehe, werde man die Bestimmungen des Gesetzes schon umgehen.

Abg. Freiherr von Richtigshofen (Dem.) nennt das Gesetz ein überaus bedauerliches Resultat der gepflogenen Verhandlungen, bedauerlich in nationaler und wirtschaftlicher Bezie-

## Gegen die Kriegsschuldfrage.

Unter starker Beteiligung aus dem ganzen Reiche begann jetzt in der Kaiserpalast zu Gostlar die Reichstagung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände. Nach den Begrüßungsansprachen sprach als erster Referent das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Arbeitsausschusses Hans Draeger über die deutsche Revisionsbewegung, ihre Entwicklung und künftigen Ziele. Der Redner stellte an die Spitze seiner Ausführungen ein Wort des berühmten deutschen Juristen Ihering: „Kein Volk hat das Recht, auf sein Recht zu verzichten!“ Dieses Zitat kennzeichnet treffend Ursprung und geistiges Fundament der deutschen Revisionsbewegung für die Revision des Versailler Diktates. Im dem Sinne, daß der zeitweise geschaffene Versailler Rechtszustand nicht dauernd bestehen könne, seien von Anfang an alle Deutschen ohne Unterschied ihrer Schicht und ihrer Partei Revisionsisten gewesen. In seiner Arbeit gehe der Ausschuß von dem einwandfrei feststehenden Rechtsanspruch des deutschen Volkes auf das Friedensprogramm Wilsons und auf den deutschen Vorfriedensvertrag aus. Dies werde immer die große Rechtsbasis bleiben, die für die Herbeiführung eines rechten und gerechten Friedens von allen kriegsführenden Mächten angenommen worden sei. Das werde der Welt immer wieder ins Gedächtnis zurückzurufen werden müssen. So sei auch die große Aufgabe unserer Bewegung klar: die Herausbildung eines internationalen Willens, der dem deutschen Volke sein ihm versprochenes Recht zukommen ließe.

#### Zur Kriegsschuldfrage

betonte der Redner, daß es eine trügerische Hoffnung war, auf die moralischen Kräfte der Welt große Hoffnungen zu setzen. Versailles ist eben im wesentlichen und in seiner Entstehung und Durchführung das Ergebnis der machtpolitischen Verhältnisse. Deshalb ist trotz der Erschütterung dieser machtpolitischen Verhältnisse das Diktat, beispielsweise der Artikel 231, bis jetzt nicht zusammengebrochen. Die Kriegsschuldfrage mit allen ihren Auswirkungen trägt in der mannigfachen Gestalt in jeden Beruf und in jede Funktion irgendwie ihre Erschütterungen. Daraus ergibt sich die Pflicht eines jeden, an der Erlebigen der Fragen in der Aufklärung des Auslandes mitzuwirken. Es ergibt sich daraus die weitere Konsequenz, daß das Inland selbst sich über die Fragen sorgfältig unterrichten muß. Zum Schluß erklärte der Redner:

Die Arbeit in der Kriegsschuldfrage ist letzten Endes eine nationale Erziehungsfrage, eine Erziehungsfrage zur Sachlichkeit und zur Zähigkeit. Es ist erforderlich, daß all unser Sinnen und Trachten dem Werben einer einheitlichen Auffassung in Deutschland selbst gilt. Als uneiniges Volk werden wir uns die große nationale Geltung niemals erkämpfen können.

Als zweiter Referent sprach Dr. Otto Kriegel über die deutsche Außenpolitik seit dem Diktat von Versailles. Er führte u. a. aus, es müsse der historischen Prüfung überlassen bleiben, ob nicht in den letzten fünf Jahren mit anderen Mitteln ein wirklicher Erfolg hätte erreicht werden können. Außenpolitische Kombinationen im Sinne der Verständigungspolitik mit dem Osten oder mit dem Westen im Sinne einer Option für den Osten oder für den Westen seien wie alle Kombinationen in den nächsten Jahren nutzlos, denn diese Kombinationen arbeiten alle stets mit der Voraussetzung, daß ein einheitlicher außenpolitischer Wille in den europäischen Staaten vorhanden sei. Erst wenn sich die europäischen Staaten innerlich wieder einigermassen beruhigt hätten, könne man über große, weltpolitische Kombinationen diskutieren.

Es gehe noch hinaus über die Bestimmungen des Versailler Vertrages. Auch die Möglichkeit einer deutschen Verteidigung werde unterbunden. Andererseits sei das Gesetz eine Notwendigkeit zur Fortführung der Verständigungspolitik. Die Demokraten würden ihm daher zustimmen.

Abg. Graf Reventlow (Nationalsozialist) bezeichnet die Vorlage als

#### zwangsläufige Folge der Verständigungspolitik.

Das Kriegsgerätegesetz wird dann in zweiter und dritter Lesung gegen Kommunisten, Nationalsozialisten, Bölkische und einige Deutschnationale angenommen.

Die Schlußabstimmung, die namentlich sein wird, wird auf Donnerstag vertagt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 14,00 Uhr.

## Die Mandatskommission zu dem deutschen Sitz.

Genf, 6. Juli. In der Sitzung der Mandatskommission ist der Beschluß über den Antrag des Völkerbundsrates auf Schaffung eines deutschen Sitzes in der Mandatskommission nun gefallen. Die Kommission spricht sich in dem Bericht an den Rat dahin aus, daß es sich bei dem Antrag des Rates um

eine Frage politischen Charakters handele. Der Völkerverbund hat jedoch an die Mandatskommission lediglich die Frage gerichtet, ob Einwände technischer Art gegen die Einkünfte eines Zuges an Deutschland in der Mandatskommission beistünden. Die Mandatskommission ist hierzu zu keiner einheitlichen Stellung gelangt. Die Mehrheit der Kommission erklärt, daß technische Einwände gegen einen deutschen Zug in der Mandatskommission nicht vorliegen. Die Minderheit der Kommission betont dagegen in dem Bericht an den Rat, daß es sich hierbei um eine politische Frage handele, zu dieser jedoch könne nicht mehr Stellung genommen werden. Die Frage sei bereits durch den Beschluß der Vollversammlung des Völkerverbundes von 1926 entschieden und demnach sei ein deutscher Posten in der Mandatskommission bereits vorgesehen worden.

## Der oberschlesische Schullerror.

Berlin, 6. Juli. Nachdem von polnischer Seite über das Ergebnis der Schulprüfungen in Oberschlesien Zahlen veröffentlicht worden sind, die ein schiefes Bild ergeben, kann festgestellt werden, daß von nahezu 1600 Schülern, die sich im Schulfreik befanden, die politischen Behörden nur etwa 100 zur Prüfung ausgesucht haben. Von diesen 100 hat der Schweizer Pädagoge Maier 225 Kinder für die polnischen Schulen bestimmt. Wenn nun von polnischer Seite daraus geschlossen wird, daß 60 Prozent der Kinder demnach für die polnischen Schulen in Frage kämen, so muß erwidert werden, daß die polnischen Behörden von 1600 Kindern 1200 zur Prüfung zuzulassen nicht gewagt haben. Wenn von den übrigen 400 225 den polnischen Schulen zugewiesen worden sind, so handelt es sich insgesamt nicht um 60, sondern um zirka 16 Prozent der Kinder.

## Memelländischer Protest beim Landesdirektorium.

Memel, 6. Juli. Anlässlich der vom Landesdirektorium in der letzten Zeit erfolgten Kündigung von 34 Lehrern haben die Landwirtschapspartei und die Volkspartei des Memellandes dem Landesdirektorium einen Protest zugestellt, in dem darauf hingewiesen wird, daß nach der einstimmigen Auffassung dieser Parteien die das memelländische Schulwesen ungesünder gefährdenden Massenkündigungen weniger aus Sparmaßregeln, als aus politischen Gründen erfolgt sind. Diese massenweisen Kündigungen seien mit dem Geiste des deutsch-litauischen Optionsabkommens nicht vereinbar. Die genannten Parteien erwarten, daß mindestens die am 1. Juli ausgesprochenen Kündigungen nicht durchgeführt werden, und daß die Regelung der lebenswichtigen Fragen des Memelgebietes dem kommenden, der Bevölkerung verantwortlichen Direktorium überlassen wird.

## Millionen-Anleihen für die Landwirtschaft.

Der Reichsrat stimmte gestern gegen den Widerspruch Sachverständigen der Verlängerung des Steuerermäßigungsgesetzes zugunsten von Zusammenschlüssen in der Industrie auf ein Jahr also bis zum 30. September 1928 zu, weil noch verschiedene Nationalisierungsprojekte in der Schwebe sind, die man gleichfalls durch Steuererleichterungen erndlichen will. Ferner erklärt sich der Reichsrat einverstanden mit einer Verlängerung der Begünstigung einzelner Ausleihensanleihen bei der Steuer vom Kapitalertrag. Diese Vergünstigungen sollen gelten für eine englische 15-Millionen-Anleihe des Staates Sachsen für gewerbliche Anlagen, für eine englische 70-Millionen-Anleihe der Stadt Berlin für Schnellbahnen und Erweiterung der Wasserwerke, für eine amerikanische 120-Millionen-Anleihe der Rentenbankkreditanstalt zugunsten der Landwirtschaft, für eine 40-Millionen-Anleihe der bayerischen Hypothek- und Wechselbank, die zur Hälfte zum Wohnungsbau, zur anderen Hälfte für die Landwirtschaft verwendet werden soll und schließlich für eine Anleihe zum Höchstbetrage von 106 Millionen Mark für den Wohnungsbau.

## Bermischtes.

### Prinz Friedrich Sigismund tödlich verunglückt.

Zürich, 6. Juli. Prinz Friedrich Sigismund von Preußen, der am Sonntag beim internationalen Reitturnier gegen Vertreter von acht Nationen mit seinem Pferd „Heiliges Schwert“ in der Olympiade-Vierseitigkeitsprüfung den ersten Preis errungen hatte, hat im Verlauf des Turniers einen schweren Unfall erlitten.

Auf einem zweiten Pferd nahm er weiter an der Turnierprüfung teil. Aus unbekannter Ursache scheute plötzlich das Pferd und warf seinen Reiter ab. Der Prinz blieb im Steißbügel hängen und wurde von dem galoppierenden Pferde mitgeschleift. Dabei trat ihm das Pferd einige Male auf Brust und Leib. Als es gelang, das Pferd einzufangen, wurde sofort festgestellt, daß der Prinz schwere Verletzungen erlitten haben mußte.

Er wurde bewußtlos aufgehoben und nach einer Krankenanstalt gebracht. Dort stellten die Ärzte Quetschungen der Lunge und innere Verletzungen fest, die eine Operation notwendig machten. Der Eingriff ist gestern abend erfolgt und man hat dabei festgestellt, daß der Prinz fünf Rippen gebrochen hat und daß die Leber eingerissen ist.

Der Prinz ist um Mitternacht den Verletzungen, die er sich bei dem Sturz gelegentlich des internationalen Pferde-rennens zugezogen hat, erlegen.

Weitere Stetstunde im Zentrum Berlins. In einer Tiefe von etwa 30 Zentimeter wurden bei Ausschachtungsarbeiten in der Keibelstraße unweit dem Alexanderplatz vier menschliche Schädel, wie eine größere Anzahl Knochenreste aufgefunden. Da man auch Holzreste fand, glaubt man annehmen zu können, daß es sich um einen alten Friedhof handelt.

Das erste deutsche Regierungsschiff in England. Im Hafen von Aberdeen ist vor einigen Tagen der deutsche Fischereifischer „Zieten“ aus Wilhelmshafen eingelaufen. Es ist das erste Regierungsschiff, das einem englischen Hafen seit dem Kriege einen offiziellen Besuch abstattet. Der Befehlshaber machte dem Oberbürgermeister im Rathaus von Aberdeen einen Höflichkeitbesuch.

Flugzeugunfall des Fliegers Grace. Der amerikanische Flieger Richard Grace-Hoodwood, der in Mana (Hawaii) zum Flug nach Kalifornien startete, mußte etwa eine Stunde nach

dem Ausstieg wegen Defektes der Steuerung zurückkehren. Er setzte so hart auf den Boden auf, daß sein Apparat vollständig in Trümmer ging. Grace selbst und sein Hund, der ihn begleitete, blieben unverletzt.

Die Kravallstraße in Mörchingen. In dem Dorfe Mörchingen bei Tuttlingen (Württemberg) soll, wie verlautet, das Oberhaupt eine Straße „Kravallstraße“ genannt haben. Hierüber sind die Bewohner des Dorfes mit Recht ungehalten und wollen Beschwerde einreichen, damit die Straße einen anderen Namen erhält.

Im Schlafzimmer überfallen. In Remagen (Abeintand) suchte ein Einbrecher die Besetzung eines Kölner Industriellen heim. Er drang in das Schlafzimmer der Frau des Hauses ein und zwang diese mit vorgehaltenem Revolver zur Herausgabe ihrer Wertgegenstände. Auch die Mutter der Dame, die im gleichen Zimmer schlief, beehrte der Verbrecher mit seinem Versuch. Da zur Zeit das Haus männlichen Schutzes entbehrte, vermochte der Dieb unerkannt zu entkommen.

Eine Erpresserbande unerschrocken gemacht. In Nürnberg wurden der Herausgeber der „Kantone“, sowie eine Anzahl Mitarbeiter an dieser Zeitschrift wegen Erpressung festgenommen. Die Verhafteten sind: Privatdetektiv Max Müller, Kaufmann Julius Bürger und Kaufmann und Verleger Georg Kösel, Schauspieler Georg Stok und noch weitere vier Personen. Die Untersuchung richtet sich insgesamt gegen 14 Personen, die gemeinschaftlich größere Beträge erpreßt oder zu erpressen versucht haben.

Ein deutscher Dampfer gestrandet. An der Hafeneinfahrt von Willemstad (Curacao, Niederländische Antillen) strandete der deutsche Dampfer „Kuphista“. Hierdurch wurde die Hafeneinfahrt blockiert. Der Dampfer war am 7. Juni von Bremen abgefahren und befand sich auf dem Wege nach Costarica.

Den Flammen zum Opfer gefallen. In dem ungarischen Städtchen Neusteden bei Preshburg hat ein großer Brand über 60 Wohnhäuser, die Kirche und eine ganze Reihe von Neubauten eingeschert. Die meisten Häuser wurden bis auf die Grundmauern zerstört. Wie verlautet, sollen dem Brande auch Menschenleben zum Opfer gefallen sein.

Eine große Hitzewelle ist über ganz Jugoslawien hereingebrochen. In Skoplje stieg die Temperatur auf 40 Grad, in Niksch auf 30 Grad und in Belgrad auf 33 Grad.

Großfeuer in Berlin. Im Zentrum der Reichshauptstadt in der Rosenthalerstraße wurde durch einen verheerenden Brand ein fünfstöckiges Haus fast völlig zerstört. Die Feuerwehr, die mit neun Löschzügen an der Brandstelle erschien, hatte harte Arbeit zu verrichten. Das Feuer war in einem im Erdgeschoß befindlichen Farbengeschäft zum Ausbruch gekommen und fand dort, wie auch in der im ersten Stock gelegenen Bachspinnenfabrik reiche Nahrung. Eine Benzinplosion konnte glücklicherweise noch im letzten Augenblick verhindert werden.

Ein verheerendes Feuer äscherte in Steinach (Sinzial) drei große Anwesen ein. Die Bekämpfung des Brandes gestaltete sich bei dem herrschenden Sturm äußerst schwierig. Ein viertes Anwesen konnte zum Teil gerettet werden. Der Gesamtschaden ist ziemlich groß, da außer dem Inventar auch große Heu- und Futtervorräte den Flammen zum Opfer fielen.

Das Weinhaus Borchardt in Berlin zusammengebrochen. Die Firma F. W. Borchardt in Berlin, eine der bekanntesten Feinkost- und Weinhandlungen, die einen internationalen Ruf genoss, hat seine Zahlungen eingestellt und Konkurs anmelden müssen. Borchardt ist, wie so viele andere Firmen, ein Opfer der beklagenswerten wirtschaftlichen Verhältnisse geworden. Die Verbindlichkeiten sollen sich auf etwa eine halbe Million Mark belaufen. Zur Sanierung des Unternehmens würden 700 000 Mark erforderlich sein. Die Firma war Lieferant fast aller deutschen und vieler anderer europäischer Höfe. Nach der Inflation geriet sie in Schwierigkeiten, die sie nicht mehr zu überwinden vermochte. Die Feinkostwarenhandlung wird unverändert weitergeführt und die Gaststätte jedenfalls Anfang September wieder eröffnet.

Regel Reiseverkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland. Der Reiseverkehr von Nordamerika nach Europa und insbesondere nach Deutschland ist in diesem Jahre besonders reger. So trifft in den nächsten Tagen mit dem Norddeutschen Lloyd-Dampfer „Dort“ eine aus etwa 50 Köpfen bestehende Reisegesellschaft des Plattdeutschen Volksfest-Vereins Brooklyn in Bremerhaven ein. Ein Teil dieser Reisegesellschaft unternimmt dann unter Führung des Norddeutschen Lloyd eine Rundreise durch Deutschland. An Bord des in der Mitte der nächsten Woche in Bremerhaven erwarteten Norddeutschen Lloyd-Dampfers „Sierra Ventana“ befindet sich eine aus 80 Mitgliedern des New Yorker Schützenkorps und des Berliner Independenten Schützenkorps bestehende Reisegesellschaft, die sich u. a. auch an dem in München stattfindenden Bundesfest beteiligen wird. Ferner haben auf dem Lloyd-Dampfer „Sierra Ventana“ auch 60 amerikanische Studenten die Reise nach Deutschland angetreten.

## Stadt. Kreis. Provinz Sizung der Stadtverordneten

am Mittwoch, den 6. Juli.

Die gestrige letzte Sitzung der Stadtverordneten vor den Ferien amteie friedliche Ferienstimmung, so daß sie reibungslos verlief, trotz der ausgebehten Tagesordnung. Längere Aussprachen entstanden bei keinem Punkte der Tagesordnung. Im einzelnen ist über die Sitzung zu berichten: Als Armenpfleger für das 24. Pflegequartier wurde Pastor Ruffe gewählt. In West gestellt und auf das Rechnungsjahr 1927 übernommen wurden 1155,80 Mark (Ausbau des Flughafens); 739,96 Mark bei der Gartenverwaltung; 1000 Mark bei der Bauverwaltung, weiter 7757,70 Mark, 3475,79 Mark und 3591,05 Mark; 3712,20 Mark bei der Kammereverwaltung und 2088,65 Mark (Erweiterung der Kühlhallen). Nachbewilligt wurden 2820,20 Mark außerordentlich für die Bodenverbesserungsgenossenschaft „Schwarzer See“-Stolpmünde. Beschlossen wurde, dem Vächter von Lindow, der an dieser Genossenschaft beteiligt ist, aber infolge der augenblicklichen schwierigen Lage der Landwirtschaft seinen Anteil nicht bar bezahlen kann, diesen in Höhe von 5353,75 Mark gegen eine Verzinsung von 6 Prozent bis zum 1. April 1928 zu stunden.

Beseitigung eines alten Zopfes.

Auf Grund des Ortsstatuts über das Feuerlösch- und Wasserwerkwesen in der Stadtgemeinde Stolp vom 23. Januar 1922 ist jeder männliche Stolper Einwohner bis zum vollendeten 55. Lebensjahre verpflichtet, der Pflichtfeuerwehr anzugehören, falls er es nicht vorzieht, sich durch Zahlung eines jährlichen Beitrags von 5 Mark loszulassen. Da

wir in Stolp die Berufs- und die Freiwillige Feuerwehr haben, ist die Pflichtfeuerwehr im letzten Jahrzehnt bei Bränden noch niemals in Anspruch genommen worden, und da das Ortsstatut, weil Stolp eine Berufsfeuerwehr hat, auch gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößt, beschloß man die Aufhebung des Ortsstatuts am 31. März nächsten Jahres.

Kenntnis genommen wurde von einer Erhöhung des Stundenlohnes der städtischen Forstarbeiter im Anschluß an die Lohnhöhung der staatlichen Forstarbeiter. Danach beträgt der Stundenlohn für vollarbeitfähige Arbeiter über 24 Jahre 45 Pfa., von 21-24 Jahren 40 Pfa., von 18-21 Jahren 34 Pfa., von 16-18 Jahren 23 Pfa., unter 16 Jahren 17 Pfa.; für Arbeiterinnen über 18 Jahren 28 Pfa., von 16-18 Jahren 21 Pfa., unter 16 Jahren 17 Pfa.

Weiter wurde einer Vorlage zugestimmt, nach der Ausbittungsanträge zur Finanzierung von Neubauten auch über den Betrag von 2 Millionen RM. übernommen werden können, jedoch mit der Maßgabe, daß die Baudeputation jedesmal Nachricht erhalten soll, sobald eine weitere halbe Million erreicht worden ist. Die Frage, ob die Ausbittungsanträge bis zu 50 oder 60 v. H. des Wertes der bebauten Grundstücke übernommen werden sollen, soll nochmals grundsätzlich in der Baudeputation geklärt werden. — Infolge der durch den Automobilverkehr den Kindern beim Zu- und Abgang nach dem Spielplatz auf dem Wismarplatz drohenden Gefahren soll der Kinderspielplatz vom Wismarplatz nach der Kaufmannswallwiese verlegt werden, wozu die Stadtverordneten ihre Zustimmung geben. Die Kosten in Höhe von 600 Mark wurden bewilligt. — Einflüsse aufgegeben wurde die

Aufnahme eines Darlehens von 450 000 Mark

zur Deckung der Kosten für den Ankauf des Rittergutes Deutsch-Plasow. Das Darlehn ist bis zu 6 Proz. zu verzinsen bei einem Auszahlungssatze von mindestens 14 Proz. und mit 2 Proz. jährlich unter Zuwachs der durch die alljährliche Tilgung ersparten Zinsen zu tilgen. — Nunmehr wurde einer Reihe von Straßenausbauten zugestimmt. Die verlängerte Sophienstraße soll mit einer Schotterdecke befestigt werden und mit Schläde befestigte Bürgersteige erhalten. Die Kosten in Höhe von 11 000 Mark werden aus der Straßenausbauentleihe gedeckt. — Gleichfalls mit einer Schotterdecke versehen soll der Vorkower Landweg von der Pestalozzi- bis zur verlängerten Sophienstraße werden. Die Kosten in Höhe von 22 000 Mark sollen aus den von den Anliegern aufzubringen bzw. aufzubringenden Straßenausbauentleihe gedeckt werden. — Die verlängerte Waldemarstraße vom Spielplatz bis zum Vorkower Landweg soll ebenfalls mit einer Schotterdecke befestigt werden und mit Schläde befestigte Bürgersteige erhalten. Die Ausgaben in Höhe von rund 13 000 Mark werden aus der Straßenausbauentleihe entnommen und sind gemäß den Erbbaurechtsverträgen durch die Anlieger zu verzinsen und zu tilgen. — Die Stromstraße soll von der Präbentienstraße bis nach der St. Georgstraße gepflastert werden und zwar mit Pflastermaterial aus dem Abbruch neu zu pflasternder Straßen. Die auf 6089 Mark berechneten Kosten sind durch Anliegerbeiträge zu decken. — Für die

Kaufmännischen Schulen

macht sich die Nachbewilligung von 4200 Mark erforderlich, die durch die Einrichtung einer 4. Klasse entstanden sind. Diese Klasse aber war infolge des großen Andrangs zu diesen Schulen ein Gebot der Notwendigkeit. Infolge der Einrichtung der 4. Klasse war die Anstellung eines weiteren Hauslehrers erforderlich. Ferner mußte die hauptamtliche Einstellung eines Lehrers und einer Lehrerin erfolgen. Hierfür sind jedoch die bisher vorgesehenen 110 nebenamtlichen Jahresstunden auf 61 Jahresstunden verringert worden. Einer endgültigen Mehrzahlung von 15 762 Mark steht aber eine Mehreinnahme von 11 562 Mark (vermehrte Schulgebühren und erhöhte Staats- und Provinzialzuschüsse) gegenüber, so daß also nur ein Zuschuß von 4200 Mark zu leisten ist. Nach kurzer Aussprache wurde der Vorlage zugestimmt. Angenommen wurde ferner das Ortsstatut über die Befreiung der Wohnungsbauentleihe von der Gemeindefesteuerung des Grundbesitzes. — Nachbewilligt wurden 5581,35 Mark für das Rechnungsjahr 1926. — Kenntnis genommen wurde von der unternommenen Prüfung der städtischen Kassen am 27. Juni d. J. — Voranschauung bewilligt wurden 20 000 Mark für die Erneuerung der Rohrleitung des Schwarzen Sees bei Stolpmünde. Die Erneuerung macht sich erforderlich, da die alte aus Zementrohren bestehende Leitung teilweise verfault ist, da die Zementrohre durch das Moorwasser stark mitgenommen sind. Es sollen Tonrohre eingesetzt werden, die dem Moorwasser gegenüber widerstandsfähiger sind. Ueber diesen Punkt steht eine kurze Aussprache, in der besonders darauf hingewiesen wird, daß die Entwässerungsarbeiten als Notstandsarbeiten ausgeführt werden und daß niemand eine Schuld an dem jetzigen Zustande bezuzurechnen ist.

Grundsätzlich zugestimmt wurde der Verlängerung des Erbbaurechtsvertrages mit der Bauhütte und mit der Konfirmation und Spargenossenschaft bis zum 1. Oktober 1933. Den Preis des Grund und Bodens soll die Baudeputation festsetzen und den Stadtverordneten zum Beschlusse vorlegen.

Den Schluß der öffentlichen Sitzung bildete ein dringlicher Antrag des Magistrats, der

die Hauszinssteuer

betrifft und besagt, daß Bauherren, die einen Bau vor Genehmigung der Hauszinssteuer beginnen, keine solche Hypothek bewilligt werden soll. Oberbürgermeister Hagenhager gab nach kurzer Begründung der Vorlage Aufschluß über die Vordatigkeit in Stolp. Demnach sind 1919: 38 Wohnungen, und zwar 6 Einzimmer-, 19 Zweizimmer-, 11 Dreizimmer-, und 2 Vierzimmer-Wohnungen, gebaut worden, 1920: 149 Wohnungen (—, 25, 97, 27); 1921: 70 Wohnungen (—, 12, 36, 12, 5 Fünfrzimmer-, 3 Sechszimmer-, 2 größere Wohnungen); 1922: 109 Wohnungen (—, 28, 59, 12, 8, 2); 1923: 67 Wohnungen (—, 26, 27, 13, —, 1); 1924: 112 Wohnungen (—, 33, 52, 18, 6, 3); 1925: 129 Wohnungen (2, 42, 60, 22, 2, —, 2); 1926: 180 Wohnungen (15, 60, 66, 29, —, 6, 4); 1927: 429 Wohnungen (5, 204, 179, 35, 3, 3, —). Von diesen sind bereits 117 fertiggestellt. Im Bau befindlich waren 271 Wohnungen, für die die Hauszinssteuerhypothek bereits bewilligt ist. Die Vorlage erhielt einstimmige Zustimmung. Schluß der öffentlichen Sitzung.

★

Arbeitsgericht. Zu der Veröffentlichung in Nr. 153, betreffend Errichtung eines Arbeitsgerichts in Stolp, wird vom Landgericht in Stolp ergänzend mitgeteilt: Mit dem 1. Juli d. J. ist das Arbeitsgerichtsgesetz in Kraft getreten. Dabei hört die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und der arbeitsgerichtlichen Kammern der Schlichtungsausschüsse auf. Ihre Aufgaben, insbesondere auch die anhängigen Sachen, sind auf die neuen Arbeitsgerichte übergegangen. Deren Geschäftskreis ist aber in zweifacher Hinsicht weiter ge-

Jagen. Die sachliche Zuständigkeit der Arbeitsgerichte erstreckt sich auch auf solche neu anhängig werdenden Arbeitsstreitigkeiten, für die nach dem bisherigen Recht die ordentlichen Gerichte zuständig sein würden, u. a. auf Streitigkeiten der Landarbeiter, der Hausgehilfen, der leitenden und höheren Angestellten, sowie aller technischen Angestellten aus dem Arbeitsverhältnis, eines Arbeits- oder Lehrverhältnisses und aus dessen Nachwirkungen aus unerlaubten Handlungen, soweit sie mit dem Arbeits- oder Lehrverhältnis im Zusammenhang stehen, auf Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern aus gemeinsamer Arbeit oder aus unerlaubten Handlungen der bezeichneten Art, ferner auf Tarifstreitigkeiten zwischen Tarifparteien untereinander mit Dritten. In räumlicher Hinsicht erfasst die Arbeitsgerichtsbarkeit im Gegensatz zu den nur für gewisse Gemeinden und Gemeindeverbände errichteten bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nunmehr das ganze Deutsche Reich. Im Bezirke des Landgerichts Stolp sind folgende nebenamtliche Arbeitsgerichte errichtet: Bei dem Amtsgericht in Stolp für den Amtsgerichtsbezirk Stolp, bei dem Amtsgericht in Lauenburg für die Amtsgerichtsbezirke Wittow und Lauenburg und bei dem Amtsgericht in Schlawe für die Amtsgerichtsbezirke Polnow, Kummelsburg, Rügenwalde und Schlawe. Bei diesen Amtsgerichten ist je eine Kammer für Streitigkeiten der Arbeiter und der Handwerker gebildet, bei dem Amtsgericht in Stolp ist ferner eine Kammer für Streitigkeiten der Angestellten sowie eine landwirtschaftliche Fachkammer gebildet. Wie bereits in der Veröffentlichung in Nr. 153 erwähnt, befinden sich die Geschäftsräume des Arbeitsgerichts in Stolp im Landgerichtsgebäude Zimmer 34a (Vorzimmer) und 33 (Geschäftsstelle), und sind die Dienst- und Sprechstunden die gleichen wie für das Amts- und Landgericht. Das den Arbeitsgerichten Stolp, Lauenburg und Schlawe überordnete Landesarbeitsgericht ist bei dem Landgericht in Stettin errichtet. Klagen, Anträge und sonstige Erklärungen, die nach dem Arbeitsgerichtsgesetz schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts angebracht werden können, werden auf Verlangen auch von den Beamten des Bürodienstes bei den Amtsgerichten aufgenommen. Ein solches Verlangen wird an Orten, an denen sich auch ein Arbeitsgericht befindet, nicht zu stellen sein, da es in diesen Fällen nur zweckmäßig ist, sich an das Arbeitsgericht des Ortes selbst zu wenden. Die Amtsgerichte haben die Niederschriften an die zuständigen Arbeitsgerichtsbehörden abzugeben. In Fällen, in denen für die Abgabe der Erklärung eine Frist vorgeschrieben ist, werden die Rechtsuchenden zu beachten haben, daß die Frist erst durch den rechtzeitigen Eingang der Niederschrift bei dem zuständigen Arbeitsgericht gewahrt wird; sie werden deshalb das Amtsgericht so rechtzeitig anzugehen haben, daß die Ueberwindung noch innerhalb der Frist durchgehrt werden kann.

**Raderschlagung.** Ein Händler hatte sich vor einiger Zeit ein Fahrrad geliehen, dieses aber nicht zurückgegeben, sondern verkauft.

**Stolpmünde.** Der Ostpreussische Motorradklub Stolp hat am Sonntag eine Motorradprüfungsfahrt ab. Die Strecke Stolpmünde-Wintershagen-Wedlin-Grüdershagen-Stolpmünde ist siebenmal zu durchfahren. Die Veranstaltung beginnt um 7 Uhr morgens. Anschließend findet eine Hauptversammlung der ostpreussischen Motorradfahrer statt, verbunden mit einer Zielfahrt dieser Fahrer zur Versammlung.

**Stolpmünde.** Von der Badefaison. — Nachdem nun endlich nach den langen kalten und regnerischen Tagen der Vorfrühling besserer Wetter herrscht, ist am Strande reger Verkehr. Die Badefaison hat trotz der unangenehmen Bitterung mehr den zehnjährigen Anfragen pp. zu rechnen, wird der Bezug von Badebesuchen in den nächsten Tagen ganz bedeutend sein. Die Badeverwaltung hat sich redliche Mühe gegeben, den Kurorten den Aufenthalt hier so angenehm als irgendmöglich zu machen. Der weiße steinfreie Strand hat durch den vorjährigen Bau der Buben, die bereits stark verandert sind, ganz bedeutend an Breite zugenommen. Vielen Wünschen entsprechend hat die Badeverwaltung je ein Freibad am Ost- und Weststrande ungefähr 100 Meter hinter den Badeanstalten angelegt. Sehr wirkungsvolle Blumenbeetenanlagen an der Kurpromenade und am alten Kirchplatz haben den Beifall der Besucher unseres Ortes gefunden. Der Ausgang zur Hindenburghöhe, die eine Einfrischung erhält, ist mit Stufen versehen worden. Die Dünen um die Höhe erhielten neue Anpflanzungen. Das vom Vorjahre in guter Erinnerung stehende der bewährten Leitung des Obermusikmeisters Hagen aus Kottbus eine erstklassige Kurmusik.

**Stolpmünde.** Selbstanschlußbetrieb. — Die Vorarbeiten (Selbstanschlußbetrieb) sind bereits im Gange. Der Telefonbau ist im Herbst fertiggestellt. Die Vantätigkeit im Siedlungsblock ist recht lebhaft. Die beiden Reichshäuser mit Ein- und Zweizimmerwohnungen sind bis auf die Malerarbeiten fertiggestellt. Gebaut wird der Bau von zwei weiteren Reichshäusern. Das im Ort befindliche Achsfamilienhaus mit Dreizimmerwohnungen, das die Gemeinde errichten läßt, soll in diesem Jahr noch beendigt sein.

**Schmolzin.** Sportliche Wettkämpfe. — Am Sonntag fand in unserem Nachbarort Ziegen das Sommerfest des dortigen Turnvereins statt. Es hatten sich rund 50 Wettkämpfer aus den umliegenden Ortschaften eingefunden. Trotz des anfänglichen Regenwetters, das den Beginn der Veranstaltung um 2 Stunden verzögerte, konnte das reichhaltige Programm dank der ausgezeichneten Führung des Jugend-Gauleiters Wolter beendet werden. Besonders interessierten die Massenfreibühnen, der Geländelauf und das Handballspiel Ziegen-Schojow. Als genügend anzusprechen, in Handball und Gymnastik als gut. Gutmein, Kreis Schlawe. Gutsverkauf. — Das etwa 5000 Morgen große Rittergut Gutmein ging für den Preis von 200000 Mark aus dem Besitz des Kapitäns v. d. Osten-Fabel an den Direktor und Landwirt Wolff aus Berlin-Friedenau über.

**Rügenwalde.** Wie deutsche Fischer behandelt werden! — Der Besitzer der beiden Kutter „Seemöwe“ und „Rettung“ aus Rügenwaldermünde befanden sich vor kurzer Zeit auf der Ostsee und mußten Hela als Nothafen annehmen. Die Besizer, die hier Verwandte haben, wollten nach der üblichen Zoll- und Passformalitäten diese besuch bei ihren Angehörigen bekamen. Noch während sie sich bei ihren Angehörigen aufhielten, wurden sie von polnischer Polizei an Bord geholt, unverzüglich die Stadt zu verlassen. Die Kutter wie Spione beobachtet und verfolgt, so daß sie an anderen Stellen ebenfalls Schwierigkeiten hatten. Die Bevölkerung machte ihrem Unwillen über die Behandlung der

deutschen Fischer energisch Luft. Dem Vernehmen nach sollen daraufhin die polnischen Polizeikommandos durch neue ersetzt worden sein.

**Neustettin.** Schadenfeuer. — Bei dem Besitzer Albert Pophal in Weinberg bei Zider entstand nachts ein Brand, der Stall und Scheune in Asche legte. In den Flammen kamen zwölf Gänse und sämtliche Hühner um. Auch die Maschinen und Futtermittel wurden vernichtet.

**Regenwalde.** Unglücksfall. — Die Ehefrau des Ackerbürgers Hermann Schwobow in Regenwalde Ausbau stürzte vom hochbeladenen Heuwagen und zog sich einen schweren Bruch des rechten Beines zu. Sie wurde in das hiesige Krankenhaus übergeführt. Der Unfall ist um so tragischer, als der Ehemann schwer krank darniederliegt.

**Pyritz.** Leberfall auf Stahlhelmlente. — Zwei von einer Stahlhelmlinge heimkehrende Stahlhelmer wurden von roten Gequern überfallen. Hierbei trug der eine Stahlhelmann eine blutende von einem Schlagringe herrührende Verletzung am Kopfe davon. Als Hilfe kam, suchten die in zehnfacher Lebermacht befindlichen roten Helden ihr Heil in der Flucht und entkamen.

**Stettin.** Stilllegung der Hütte Kraft. — Die Verwaltung des Hochofenwerks Lübeck N.-G. beabsichtigt, ihren Betrieb in Stettin in der nächsten Zeit stillzulegen. Die Anlagen, vor allem das Hochofenwerk, sollen abgebrochen und in etwa einhalb Jahren neu aufgebaut und modernisiert werden. Den Angestellten ist, soweit sie von der Stilllegung betroffen werden, nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen gesündigt worden. Durch die Stilllegung werden etwa 700 bis 800 Arbeiter erwerbslos werden; ein Teil von ihnen wird voraussichtlich bei dem Neubau usw. Arbeiten Beschäftigung finden. Die Stilllegungsgenehmigung ist bei den zuständigen Regierungsstellen beantragt.

**Torgelow.** Automobilunfall. — Auf der Rückfahrt von Neckerwinde wurde in der Nacht zum Dienstag das Auto eines Geschäftsreisenden in einer Kurve gegen einen Baum geschleudert und zertrümmert. Von den fünf Insassen erlitten die Frau des hiesigen Schuhwarenhändlers Erich Hahn sowie deren Mutter schwere Gehirnerschütterungen und Armb- und Beinbrüche, so daß sie noch in der Nacht nach dem Stettiner Krankenhaus gebracht wurden. Die übrigen Insassen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

**Stralsund.** Schwedische Gäste. — Am Sonnabend trafen auf dem Hauptbahnhof 15 schwedische Redakteure ein, die vom Matscherrn Krönung empfangen wurden. Die Herren weilten nur wenige Tage studienhalber in Stralsund und auf Rügen. Dr. Adler führte sie durch das Heimatmuseum, in dem noch viele Erinnerungen an Vorpommerns Schwedenzeit aufbewahrt sind. Die Führung durch die Stadt übernahm Rektor Uffmann.

**Deutsch-Krone.** Mädchenmord. — Sonntag wurde im Waide bei Ruchendorf ein Hirte durch das Scharen seines Hütehundes darauf aufmerksam gemacht, daß dort eine Leiche vergraben lag, die schon stark verwest war. Dem Leichnam war ein Strick um den Hals gebunden, weshalb man auf Mord schloß. Da sich inzwischen herausgestellt hat, daß es sich bei dem toten Körper um ein Mädchen handelt, rechnet man mit der Möglichkeit eines Lustmordes.

**Schwurgericht.**

Aus der gestrigen Verhandlung wegen Brandstiftung ist noch zu berichten, daß der Angeklagte Wlod ein volles Geständnis ablegte. Er will durch seine Schwiegermutter, die mitangeklagte Prugmeier, zu der Brandstiftung veranlaßt worden sein, was diese zuerst bestritt, dann aber auf ernstlichem Vorhalt, nachdem im Interesse der Verteidigung eine Pause eingetreten war, doch zugibt. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Gefängnis gegen Wlod unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft und auf 2 Jahre 2 Monate Zuchthaus, 300 Mark Geldstrafe und 3 Jahre Ehrverlust gegen Frau Prugmeier. Wlod, dem mildernde Umstände zuerkannt worden waren, nahm die Strafe sojort an.

**Lezte Meldungen.**

Der Feind im Lande.

Paris, 6. Juli. „Echo de Paris“ meldet, daß sich Marschall Foch zur Teilnahme an den diesjährigen Rheinlandmanövern in der ersten Augustwoche nach Mainz begibt.

Die Königsberger Schleisungen bereits beendigt. Königsberg, 6. Juli. Der auf Einladung des Generals von Patwelsz am Anfang dieser Woche stattgefundenen Besuch zweier interallierter Offiziere zur Besichtigung der zerstörten Unterstände bei Königsberg ist reibungslos verlaufen. Damit ist die strittige Angelegenheit der „Ostbefestigung“ für Ostpreußen erledigt.

**Drohende Entlassungen bei der Post.**

Berlin, 6. Juli. In den Berliner Post- und telegraphischen Betrieben sind heute Benachrichtigungen an das Personal erfolgt, daß größere Entlassungen vorgenommen werden müssen, wenn keine angemessene Erhöhung der Postgebühren bis 1. Oktober durchgeführt wird.

**Abschluß des polnisch-amerikanischen Kreditabkommens.**

Warschau, 6. Juli. Heute nachmittag ist noch mehrstündiger Konferenz zwischen dem Staatspräsidenten Marschall Pilsudski, Vizepräsident Bartel und dem Finanzminister das Abkommen über den sechsmonatigen 15-Millionen-Dollar-Kredit zwischen der polnischen Regierung und den amerikanischen Unterhändlern unterzeichnet worden. Die Frage der 60-Millionen-Anleihe ist bis zu einem günstigeren Zeitpunkt auf dem amerikanischen Geldmarkt vertagt.

**Zuspitzung des französisch-italienischen Zwischenfalls.**

Paris, 6. Juli. Der „Temps“ meldet: Die erste Intervention in Rom gegen die Grenzüberschreitung am Mont Genis hat keinen Erfolg gebracht. Mussolini ist zur Schadenersatzleistung bereit, verweigert aber aus Prestigegründen die Zurücknahme der italienischen Truppen in eine 20-Kilometer-Zone hinter der Grenze.

**Handelsnachrichten.**

**Warenmarkt.**

Mittagsbörse. (Amtlich.) Getreide und Oelisaaten per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen Märk. — (am 5. 7. —), Roggen Märk. 258—260 (260—262). Gerste 240—273 (240—273). Inländische Futtergerste — (—), Wintergerste — (—), Hafer Märk. 252—259 (252—259). Mais 1000 Berlin 185—187 (185—187). Weizenmehl 36,25—38,25 (36,50—38,50). Roggen-

mehl 34,25—36,25 (34,50—36,50). Weizenkleie 13,50 (13,50—13,75). Roggenkleie 15,50—15,75 (15,75). Raps — (—), Leinsaat — (—), Diktoriaerbsen 44—56 (44—56). Kleine Speiseerbsen 28—32 (28—32). Futtererbsen 22—23 (22—23). Peluschken 21—22,5 (21—22,50). Ackerbohnen 22—23 (22—23). Wicken 22,00—24,50 (22,00—24,50). Lupinen blaue 15,00—16,00 (15,00—16,00). gelbe 16,00—18,00 (16,00 bis 18,00). Seradella — (—), Rapskuchen 15,40—15,80 (15,40—15,80).

**Berliner Butternotierung.**

Berlin, 2. Juli. 1. Sorte 1,53, 2. Sorte 1,43, abjahlende 1,29. Tendenz: stetig.

Berliner Frühmarktnotierungen vom 6. Juli. Weizen: Juli 285, Sept. 269,25, Oktober 269,5, Tendenz: schwach. Roggen: Juli 250,5, Sept. 230,5, Oktober 231, Tendenz: schwach.

Stettiner Produktennotierungen vom 6. Juli. Per 1000 Kilo: Roggen, incl. 260, ohne Handel nominell, Weizen, incl. 288, ohne Handel nominell, Hafer 258—263, Sommergerste 253—270.

**Berliner Schlachtviehmarkt.**

**Amtlicher Bericht vom 6. Juli 1927.**

Auftrieb: Rinder 1128 Stück; darunter 182 Ochsen 311 Bullen, 635 Kühe und Färsen; Kälber 2200 Stück; Schafe 4975 Stück; Schweine 11304 Stück; 2531 Stück zum Schlachthof direkt seit legtem Viehmarkt, 151 Auslandschweine.

	Preis Goldpsfg. für 1 Pfd. Lebendgewicht
<b>I. Rinder:</b>	
<b>A. Ochsen:</b>	
a) vollfleischig, ausgem., 11. Stallma. höchst. Schlachtw. ungel. 12. Weidem.	64—66
b) dto. dto im Alter von 4—7 Jahren	60—62
c) junge, fleischig nicht ausgemästet und ältere ausgemästete	54—56
mäßig genährte junge, gut genährte ältere	40—50
<b>B. Bullen</b>	
a) vollfleischig, ausgewacht. höchst. Schlachtwerts	60—61
b) vollfleischig jüngere	57—58
c) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	53—55
<b>C. Färsen und Kühe</b>	
a) vollfleischig, ausgewacht. Färsen höchst. Schlachtwerts	63 65
b) vollfleischig ausgewästete Kühe höchst. Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	50 54
c) ältere ausgewästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen	30—36
d) mäßig genährte Kühe u. Färsen	24—27
e) gering genährte Kühe u. Färsen	44 50
<b>D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser II. Ralber.)</b>	
a) Doppellender feinsten Mast	—
b) feinste Mastkälber	72—82
c) mittlere Mast- u. beste Saugkälber	60 70
d) geringe Mast- u. gute Saugkälber	50—58
<b>III. Schafe.</b>	
<b>A. Stallmastschafe:</b>	
a) Mastlämmer und jüngere Mastlämmer	51—57
b) ältere Mastlämmer, geringere Mastlämmer und gut genährt junge Schafe	42—49
c) mäßig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	—
<b>B. Weidemastschafe:</b>	
a) Mastlämmer	37 40
b) geringere Lämmer und Schafe	30 35
<b>IV. Schweine.</b>	
a) Fettschweine über 3 Zentner Lebendgewicht	—
b) vollfleischige Schweine 240—300 Pfd. Lebendgewicht	60
c) vollfleischige Schweine 200—240 Pfd. Lebendgewicht	59—60
d) vollfleischige Schweine 160—200 Pfd. Lebendgewicht	57—59
e) vollfleischige Schweine 120—160 Pfd. Lebendgewicht	55—57
f) fleischige Schweine unter 120 Pfd. Lebendgewicht	—
g) Sauen	51—54
h) Flegeln	—
<b>Marktverlauf: Rinder, Kälber, Schafe unregelmäßig Schweine steigend.</b>	

**Zwangs-Versteigerung.**

Am Sonnabend, den 9 Juli d. Js. vorm. 10 Uhr werde ich Sandberg 1 folgende Gegenstände als:

Eine Partie Möbel aller Art, u. a. 2 Sofa, 1 Ausziehtisch, 1 Salonschrank, 1 Klavier, 2 Anrichte, 1 Ladeneinrichtung, 1 P. Schnürschuhe mit Gamaschen, 1 Regenmantel, Halbdannen, Inletts, Zigarrren, Basen, Teller, 1 Kaffeefervice, 1 Gasbratofen, 1 Gasherd u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigern.

Stolp, den 7. Juli 1927.

**Haseney,**  
Ober-Gerichtsvollzieher.

**Uhren-**



**Reparaturen**

sauberste und schnellste Ausführung.

== Billigste Preise ==

**Kunst**

**Uhrmacher**

Holstenorstrasse 5.

# Der Ritt in die Sonne.

Roman von Paul Rosenhahn.

(39. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten)

„Nun ja... Sie müssen doch wissen...“  
 Fritsch sah den Beamten mit einem beleidigten Blick von oben bis unten an.  
 „Wollen Sie etwa im Ernst behaupten, Cornelius Vandenbergt hätte einen Hochstapler umgebracht?“  
 „Nun ja... nun nein... ich muß ja selbst sagen: ein Motiv liegt nicht vor. Von einer inneren Wahrscheinlichkeit kann hier nicht die Rede sein.“  
 „Nun also. Was wollen Sie noch? Wollen Sie die italienische Polizei dem brausenden Gelächter der ganzen Welt ausliefern? Sollen die Newyorker Zeitungen den Namen des Herrn Polizeipräsidenten von Venedig fettgedruckt als Ueberschrift bringen? Venezianische Polizei verhaftet Cornelius Vandenbergt als Mörder eines reisenden Hoteldiebes!“  
 „Herr Vandenbergt...“  
 „Soll durch Ihre Schuld das Projekt der Lidobahn scheitern? Zehn Minuten noch und ich durchstreiche mit einem Federzug den Vertrag!“  
 Der schwarze Schnurrbart des Präsidenten geriet in erregte Wallung. Man erkannte das sich überstürzende Spiel der Gedanken hinter dieser engen, bräunlichen Stirn: Karriere — Blamage — internationale Komplikationen — Unruhe des Königs — das Butgeheil der fascistischen Partei, die sich speziell für die Lidobahn eingesetzt hatte. Und das alles aus der bürokratischen Erwägung heraus, daß in dieser Rechnung irgendein Faktor bis zur Minute nicht stimmte!  
 Den Teufel würde er tun! Wegen eines verschwundenen dummen Hochstaplers ein solches Risiko laufen?  
 Und indem er sich brüsk herumdrehte, sagte er, halb wütend, halb freundlich:  
 „Sie sind frei.“  
 „Und ich?“ fragte Jonny Reimers.  
 „Wenn kein Nordverdacht besteht, kann natürlich auch keine Behörde vorliegen. Scheren Sie sich hinaus!“  
 Die Menschenmenge vor dem Hotel hatte ihren Charakter völlig geändert. Das war keine Menschenmenge mehr; das war eine Bevölkerung.  
 Frau Vandenbergt erschien, mit Tücherschwenken und Erbias bewillkommnet. Sie ging an Arm Fritsch Jacobsens. Das Volk stuchte, suchte einen Moment nach einer Erklärung. Es fand oder richtiger: es mutmaßte eine Deutung, die natürlich falsch war. Oder vielleicht auch richtig. Oder vielleicht richtig und falsch zugleich. Denn in dieser seltsamen Angelegenheit war oben und unten, rechts und links nicht mehr zu unterscheiden. Auf alle Fälle schrien die Leute abermals Erbia, und die Gondel, in die Fritsch Jacobsen und Frau Vandenbergt stiegen, kenterte fast, durchlöchert von Belfallsätzen der Menschen am Ufer.

Niemand achtete auf Jonny Reimers.  
 Er ging ziellos durch die Stadt. Zwei Stunden lang versuchte er einen gewissen Sinn in die Vorgänge dieses Tages zu bringen; dann gab er es auf. Ein einzelner Mensch konnte das nicht fassen. Dazu gehörten mindestens zwei und auch dies nur unter der Voraussetzung, daß einer von ihnen Fritsch Jacobsen hieß.  
 „Jonny!“  
 Wie vom Blitz getroffen, fuhr er herum. Auf dem Balkon im ersten Stock jenes Hotels stand Fritsch und winkte.  
 „Komm herauf, Jonny!“  
 Zögernd ging er ins Haus. Er hatte so viel zu fragen — und es gab so viel, was er trotz allem vermutlich nicht verstehen würde, daß ihm direkt davor graute, dem Fremde gegenüberzutreten.  
 Die Tür öffnete sich; lachend und rosig wie immer, zog Fritsch ihn herein.  
 „Ich bin deinem Ruf gefolgt,“ begann Jonny mit dumpfer Stimme, „weil ich das Gefühl habe, daß eine letzte Aussprache zwischen uns nötig ist.“  
 „Nanu, Jonny, was ist denn mit dir?“  
 „Eine letzte Aussprache. Dann trennen sich unsere Wege für immer.“  
 „Du bist wohl nicht recht gescheit? Wo wir uns eben wiedergefunden haben?“  
 „Gleichwohl ist manches noch unklar. Um auf das Nächste zu kommen: du bist also Cornelius Vandenbergt?“  
 „Darf ich mit einer Gegenfrage antworten? Du bist also übergeschmapp?“  
 „Ja, aber...“ verblüfft schüttelte Jonny den Kopf; „die alte Frau Vandenbergt, deine Mutter — genauer gesagt: Cornelius Vandenbergt's Mutter, hat dich doch erkannt.“  
 „Seh dich erst mal.“  
 „Danke. Ich möchte stehen bleiben.“  
 „Wie du willst. Hier, nimm eine Zigarette.“  
 „Also du meinst, die alte Frau Vandenbergt hat mich erkannt.“  
 „Das haben wir doch alle gehört.“  
 „Das ist soweit richtig. Erkennt hat sie mich. Bloß: diese alte Dame war gar nicht Frau Vandenbergt. Sondern eine Schauspielerin vom Teatro Garibaldi in Rom.“  
 „Fritsch!“ Jonny trat entsetzt zurück und fiel in den Sessel. Aber augenblicklich stand er wieder auf, denn er besann sich darauf, daß dies eine Bewegung war, die man unter Umständen falsch deuten konnte.  
 „Sie hat fünfshundert Lire dafür bekommen. Tausend wollte sie haben. Na, der habe ich es aber gesagt!“  
 „Sag mal Fritsch,“ sagte Jonny mit trauriger Stimme, „konnstest du dir denn gar nicht anders helfen?“  
 „Wieso?“  
 „Ich meine: konntest du diese fürchterliche Mordtat nicht vermeiden?“  
 „Jonny! Glaubst du denn wirklich, daß ich ihn ermordet habe?“

„Was denn sonst? Warum ist er verschwunden? Du bist der einzige, der ein Interesse daran hatte. Dem er im Wege war. Wenn er noch lebt — warum kommt er nicht?“  
 „Suh.“ Fritsch steckte die Hände in die Hosentaschen und ging durchs Zimmer, als ob ihn eine ferne und abseitige Angelegenheit beschäftigte. Mitten im Lauf blieb er vor Jonny stehen.  
 „Willst du ihn sehen, Jonny?“  
 „Wen?“  
 „Cornelius Vandenbergt!“  
 „Cornelius Vandenbergt? Ob ich ihn sehen will? Ja, lebt er denn?“  
 „Warte einen Augenblick.“  
 Fritsch ging ins Nebenzimmer. Eine Minute berram — nebenan raschelte es. Der gedehnte Ruf eines einsamen Gondellere kam vom Wasser, das Ticken einer 11 hr drang durch die Stille des Gemäuers — die Tür öffnete sich.  
 Auf der Schwelle stand Cornelius Vandenbergt. Jener Cornelius Vandenbergt mit dem ersten Gesicht, das den Stempel zermürbender Arbeit zeigte. Er trat in gebeugter Haltung ein; ein leicht verdrossener Ausdruck lag auf seinem Gesicht, das den Unterton einer latenten Härte trug. Tiefe Furchen gruben sich in seine Büge; die Bewegungen waren kurz, knapp und von einer gewissen Entschlossenheit. Er stützte sich — genau so wie ihn Jonny in Erinnerung hatte — auf einem Spazierstock: ein von einer schweren Krankheit Genesener.  
 Wortlos blickte Jonny ihn an.  
 Und dann kam die ausdruckslose, dieselbe bleichen klingende Stimme durch den Raum:  
 „Ich hoffe, es geht Ihnen gut Marquis d'Orsay.“  
 Das waren die Worte, die jener Cornelius Vandenbergt am Konferenztage zuerst gesprochen hatte!  
 „Und ebenso Ihrer Tochter.“  
 „Nanu?“ sagte Vandenbergt. Er strich sich mit einem Taschentuch übers Gesicht, und die Furchen verschwanden. Er schlennderte den Spazierstock in die Ecke. Seine gebeugte Haltung wich, er richtete sich zu straffer Höhe auf — und in den glanzlosen Blick seiner Augen trat das strahlende Lächeln Fritsch Jacobsens.  
 „Du?“  
 „Ach, Jonny.“  
 „Du warst jener Vandenbergt? Du? Und warum das alles, um Gottes willen?“  
 „Komm, nimm erst eine Zigarette.“  
 „Ja, danke. Und nun will ich auf der Stelle wissen: warum?“  
 Fritsch wollte den Mund öffnen, dann wies er gespannt zur Tür. Jonny lauschte — jenseits, auf dem Korridor klang ein leichter und schneller Schritt auf. Dann öffnete sich die Tür, ein weißes Sommerkleid schimmerte auf, ein blumengeschmückter Hut. Herlein trat Dina d'Orsay, die einen schnellen Blick auf die beiden warf. Aber schon ging Fritsch ihr entgegen, und mit einem hellen Jauchzen lag sie ihm in den Armen.  
 (Fortsetzung folgt.)

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Bekanntmachung.

Durch Beschlüsse der städtischen Körperschaften vom 16. Februar 1927 sind die für das Rechnungsjahr 1927 2. und 30. März 1927 als Gemeindesteuer zu erhebenden Zuschläge zur staatlichen Gewerbesteuer, gleichmäßig für Ertrag und Kapital, auf 300% und zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen auf 250% festgesetzt worden.  
 Der Bezirksausschuß in Köslin hat unterm 25. Juni 1927 B. A. 5c. I. Nr. 666, 27. — vorstehende Beschlüsse genehmigt.  
 Stolz, den 6. Juli 1927.  
 Der Magistrat.  
 gez. Hasenjaeger.

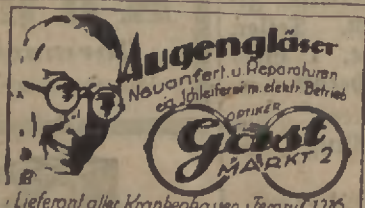
Vorstehende Bekanntmachung hängt in der Zeit vom 7. bis 13. d. Mts. in der städt. Steuerverwaltung, Hospitalstraße 4, städt. Steuereinnahme und im Schaukasten des Rathhauses öffentlich aus.

### Volksbad in der III. Gemeindeschule.

Wegen Reparatur der Badeeinrichtung fällt das Baden bis auf weiteres aus.  
 Stolz, den 6. Juli 1927.  
 Der Magistrat.

### Krieger-Verein 1876 Stolz.

Zur Fahnenweihe der Arbeitnehmergruppe Stolz des Pom. Landbundes am Sonntag den 10. d. Mts. marschiert der Verein um 9<sup>15</sup> Uhr vorm. vom Schweizergarten ab.  
 Vollzähliges Erscheinen wird zur Pflicht gemacht.  
 Diejenigen Kameraden, die an dem 2. Reichskriegertag am 2. u. 3. Oktober in Berlin teilnehmen wollen, haben dieses schriftlich unter Angabe, ob Unterkunft gewünscht wird, dem Kameraden Schmidt, Stiftstr. 21, bis zum 9. d. Mts. mitzuteilen.  
 Der Vorstand.



Lieferant aller Krankenkassen. Fernruf 1276

### Freitag und Sonnabend

gibt es nochmal vollfette

## Stolper Jungchen

in Rollen.

## Molkerei Stolz.

## Elektro.



Ausführung von kompl. Kraft- und Lichtanlagen.  
**Hermann Schwessinger**  
 — Spezialgeschäft für Elektrotechnik. —  
 Stolz, Mittelstr. Fernspr. 680.

## Grabdenkmäler

Alle Arten in allerbesten Qualität kaufen Sie weit günstiger ohne Vermittler direkt bei

**Erich Burow, Stolz i. Pom.**  
 Wilhelmstraße, Ecke Quebbenstraße.

## Bruchleidende

Gehen Sie nicht auf verlockende unwahre Inserate, sondern zu einem langjährigen Fachmann. Mein Bruchband „Ideal“ eig. Syst. oder das Bruchband **Kolumbus** D. R. P. ist das Beste, was existiert, ohne Feder, kein harter Ledergürtel oder Eisenbügel, rutscht und drückt nicht. Tag und Nacht tragbar. Garantie für tadelloses Passen. Leib-, Nabel- und Vorfallbinden, Geradenhalter, sowie Bandagen aller Systeme usw.  
 Dreißigjährige Erfahrung. Reelle Bedienung.  
**Von mehr als 50000 Bruchleidenden mit best. Erfolg getragen.**  
 Für alle Bruchleidende kostenlos zu sprechen in **Stolz: Montag, d. 11. Juli von 8—1 Uhr vorm. in Klein's Hotel.**  
**Bandag.-Spezialist Eugen Frei Nachf.**  
 Stuttgart, Geißeichstraße 33.

## Furniere aller Art

sowie Sperrplatten in prima Beschaffenheit an  
**Gebr. Brabandt, Holzgroßhandlung**  
 Furniere — Sperrplatten  
 Kontor: Bahnhofstraße 8.

